Drucksache
7742/2014-2020

DIE LINKE.
Ratsfraktion Bielefeld

DIE LINKE Ratsfraktion Bielefeld, Altes Rathaus, 33597 Bielefeld

An den
Oberbürgermeister
der Stadt Bielefeld
Pit Clausen

Barbara Schmidt
Fraktionsvorsitzende

Stenner Straße 22
33613 Bielefeld
Mobil: 0171/3436072
E-Mail:
barbara.schmidt@dielinke-bielefeld.de

Ratsfraktion Bielefeld
Altes Rathaus
Niederwall 25
33602 Bielefeld

Telefon: 0521/51 50 80
Telefax: 0521/51 81 10
E-Mail: die.linke@bielefeld.de
Internet: www.linksfraktion-bielefeld.de

Bielefeld, 27.11.2018

Antrag zur Sitzung des Haupt-, Wirtschaftsförderungs- und Beteiligungsausschusses am 28.11.2018

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

zum **TOP 9 "Terminvereinbarungskonzept der Bürgerberatung"** der Sitzung des Haupt-, Wirtschaftsförderungs- und Beteiligungsausschusses stellen wir folgenden Antrag:

Der HWBA möge beschließen:

1) **Es wird auch weiterhin von Bürgerinnen und Bürgern und nicht von Kunden gesprochen.**
2) **Der Start der Terminvergabe erfolgt zunächst als Probedurchlauf für 6 Monate. Für diese Zeit gibt es weiterhin die Möglichkeit, eine Bürgerberatung ohne Termin aufzusuchen.**
3) **Für Berufstätige wird in allen Bürgerberatungen ein Nachmittagstermin zwischen 16 und 20 Uhr angeboten, z.B. am langen Donnerstag.**

Begründung:

Das Angebot der Bürgerberatungen – wie schon der Name sagt – richtet sich an Bürger*innen und ist eine Dienstleistung der Stadt für ihre Bürger*innen. Es ist nicht zielführend, dann von Kunden zu sprechen. Modern ist, wenn ich eine bürgerorientierte Dienstleistung anbiete.
Grundsätzlich ist die Einrichtung einer Terminvergabe richtig. Sie hilft den Bürgern*innen, Wartezeiten zu vermeiden und sie hilft der Verwaltung, ihre Ressourcen der Nachfrage anzupassen. Solange dieses aber nicht sicher eingeführt ist, bedarf es

einer Einführungsphase. Dieses ist auch die Erfahrung aus vielen anderen Projekten. Dazu gibt es immer noch eine größere Anzahl an Bürger*innen, die nicht „online-affin“ sind. Hier auf die telefonische Terminvergabe zu verweisen, ist nicht hilfreich. So verlagern sich eventuell die Wartezeiten in die Endlosschleife einer Telefonansage. Zudem gibt es immer die Notwendigkeit einer ad hoc-Dienstleistung. Daher sollte zumindest für eine Probezeit das Verfahren getestet werden. Für diesen Zeitraum gibt es weiterhin die Möglichkeit, ohne Termin die Bürgerberatung aufzusuchen. Zu klären ist auch, wie weit das neue Angebot ausreichend barrierefrei ist.
Es kann nicht sein, dass für den Besuch der Bürgerberatung von Berufstätigen Urlaub genommen werden muss. Es wird in der Verwaltung anscheinend davon ausgegangen, Bielefelder*innen arbeiten in Bielefeld. Die Pendlerzahlen zeigen aber, es gibt viele Tausend Bielefelder*innen, die nicht in Bielefeld berufstätig sind. Dafür braucht es ein akzeptables Angebot. Das kann nur an einem Spätnachmittag angeboten werden. Dass es aber gar nicht berücksichtigt werden soll, ist, nach den Ausführungen der Verwaltungsvorlage – ausgesprochen bürger*innenunfreundlich.

Mit freundlichen Grüßen
Barbara Schmidt
Fraktionsvorsitzende DIE LINKE